

# TTIP & Co. – Fluch oder Segen?

---

## *Streitgespräch zwischen Sven Giegold und Reinhard Löffler*

*Gedächtnisprotokoll von Tadeusz Rzedkowski*

Das Podiumsgespräch fand am 16. Dezember 2015 im Haus der katholischen Kirche in Stuttgart statt, auf Einladung des Evangelischen Bildungswerks Hospitalhof, des Katholischen Bildungswerks Stuttgart und Attac Stuttgart.

Es diskutierten:

Sven Giegold, Europaabgeordneter von Bündnis 90/Die Grünen und Mitglied des Wirtschaftsausschusses des EU-Parlaments, und

Dr. Reinhard Löffler, CDU-Landtagsabgeordneter und wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion.

Es moderierte Michael Heller, Leiter der Wirtschaftsredaktion der Stuttgarter Zeitung.

Der Saal mit ca. 250 Plätzen war trotz vorweihnachtlicher Zeit fast vollständig besetzt.

## **Freihandel und Demokratie**

Sven Giegold: Freier Handel ist vorteilhaft, vorausgesetzt, er erfolgt nach fairen Regeln.

Freihandelsverträge die nicht partnerschaftlich und gleichberechtigt auf Augenhöhe vereinbart sind, führen zu Ungleichgewichten und Verschlimmerung der Armut und Abhängigkeit des schwächeren Partners.

Reinhard Löffler: TTIP hat nichts mit Unfairness zu tun. Da müssen sich die Verbraucher an die eigene Nase fassen. Angst vor Chlorhühnchen ist unbegründet, weil man beim Besuch im Leuze mehr Chlor schluckt. (Kommentar TR: wird Mineralwasser chloriert?!).

SG: Freihandelszone bedingt einheitliche Standards. In Bezug auf Zölle und technische Standards ist das gut, aber gesellschaftliche Standards sind demokratiepflichtig. Handelsverträge dürfen demokratische Entscheidungen der Völker nicht einschränken.

RL: TTIP ist demokratisch, weil von EU-Kommission, EU-Parlament, Bundestag und Bundesrat demokratisch abgestimmt wird.

SG: Völker sollen demokratisch entscheiden können, wie z.B. ihre Landwirtschaft aussehen soll – riesige Plantagen wie in USA oder Bauernhöfe wie in Deutschland. Diese demokratische Freiheit wiegt weit mehr als noch ein kleines bisschen mehr Handel.

RL: Lebensmittelkennzeichnung ist gut – Kunde soll selbst entscheiden was er isst. Angst vor Gentech sinnlos. Schon jetzt 52 GMO in der EU zugelassen. Auch Tierschutz als Argument verlogen. „Wir alle“ essen Weihnachtsgans, doch polnische Weihnachtsgänse werden gemästet. Dann lieber ein Huhn aus freier Wildbahn, das kurz in Chlorwasser abgespült wurde. Noch mehr Beispiele über unwürdige Zustände in den „bad guys“ der EU – den Staaten des Süd-Ostens.

SG: Tierschutz in der EU auch mangelhaft, es gibt Fehlsubventionen in große Agrarbetriebe nach falschen Kriterien. Das sollte reformiert werden. TTIP würde aber die jetzigen Standards fixieren. Eine Reform ohne Zustimmung der USA wäre nicht mehr möglich.

Kennzeichnung allein reicht nicht. Die Gesellschaft soll demokratisch auch verbindliche Regeln aufstellen können, wie z.B. Verbot von Kinderarbeit.

RL: Die Politik soll nicht die individuelle Verantwortung abnehmen. Jeder soll selbst entscheiden können wofür er zahlt.

SG: Es geht nicht um diktatorische Vorschriften, sondern um demokratische Entscheidung für Werte und Erlassen von Gesetzen.

RL: Das hat doch alles mit TTIP nichts zu tun. Während im Süden bis zu 50% der Jugend ohne Arbeit ist, kann ihnen TTIP durch mehr Wettbewerb Arbeitsplätze schaffen. Die Grünen verteufeln Wettbewerb.

## Schiedsgerichte

RL: Schiedsgerichte sind vom Tisch. Vereinbart sind Handelsgerichte, und die sind nicht per se schlecht. Die Diskussion wird sehr emotional geführt. In der EU sind auch nicht alle Staaten demokratisch, deshalb wären Schiedsgerichte OK.

SG: RL unterstellt hier falsche Positionen. Grüne sind nicht gegen Freihandel und Wettbewerb oder gegen Handelsverträge überhaupt, sondern inhaltlich gegen die konkreten Festlegungen des TTIP. Schiedsgerichte sollten ursprünglich Sicherheit für Investoren in instabilen politischen Systemen bieten und vor Enteignung schützen. Sie haben sich aber immer weiter entwickelt zu Institutionen, die schwache Länder zu Schadenersatz an große Konzerne einklagen können. Problem: Die Richter werden fallbezogen anteilmäßig entlohnt, sie haben also ein Interesse, neue Streitfälle zu erzeugen und gegen Staaten zu urteilen.

Das Konzept von Malmström, stattdessen Handelsgerichte einzurichten, ist nicht wesentlich besser. Ein Handelsgerichtshof mit unabhängigen Richtern wäre eine gute Lösung, aber im Vorschlag von Malmström sind die Richter weiterhin nicht frei sondern anteilmäßig fallbezogen entlohnt. Und selbst diese unwesentliche Verbesserung wird von den USA nicht mitgetragen. Somit sind Schiedsgerichte – auch unter anderem Begriff – noch lange nicht vom Tisch.

Es ist nicht zulässig, dass demokratische Gesellschaften sich privaten Schiedsgerichten unterwerfen sollen. Deswegen fordern die Grünen auch, Schiedsgerichte aus schon bestehenden Handelsverträgen wieder rauszunehmen.

RL: Private Gerichte sind doch auch nicht per se schlecht. Das grün regierte BaWü verhandelt gerade im Geheimen vor einem privaten Schiedsgericht gegen EDF. Und das ist OK, denn irgendwann wird das Ergebnis auch öffentlich gemacht.

SG: Damit will RL den Grünen wieder Verlogenheit unterstellen. Das ist völlig daneben. BaWü verhandelt mit EDF vor einem Schiedsgericht, weil dies so mit EDF in den Verträgen, die die Schwarzgelbe Regierung geschlossen hat, geregelt ist. Und bei der Verhandlung geht es um Milliarden Schaden, den der CDU-Ministerpräsident am Parlament vorbei angerichtet hat. Die „demokratische Legitimierung“ der Verträge ist auch sehr bedingt<sup>5</sup>. Beispiel: CETA ist 1600 Seiten stark. Der Annex, der detailliert alles regelt, ist nicht zustimmungspflichtig durch Parlament, und er macht 1100 Seiten von diesen 1600 aus. Also nur bei einem knappen Drittel des Dokuments hatte das Europaparlament Mitspracherecht.

RL: Schiedsgerichte können nicht rechtswidrig sein. Wenn sie es wären, dann wären auch andere Parteien im EU-Parlament dagegen. Außerdem sind die Richter gute Fachmänner.

SG: empfiehlt den Film „Konzerne klagen – Wir zahlen“

(<http://programm.ard.de/?sendung=2810615797728699>, Wdh. am 5. Januar 2016 um 10:25 auf Einsfestival, auch verfügbar hier: <https://www.youtube.com/watch?v=OAK6NiG400I> ).

## **Einfluss von TTIP auf Länder des Südens**

RL: Eine große Freihandelszone, die die EU und USA umfasst, eröffnet neue Chancen auch für die Länder des Südens, die mit der EU handeln, weil neue Märkte erschlossen werden (Zollfreiheit in die USA). Es gibt auch mehr Wettbewerb, aber insgesamt sind die Chancen größer als die Risiken.

SG: Zollfreiheit in die USA ist für Afrika nicht vereinbart. Nach IFO (Werner Sinn, gewiss kein Grüner) wird BIP in Afrika fallen, weil die große Freihandelszone zur stärkeren Konkurrenz wird. Zum gleichen Fazit kommt auch die Bertelsmannstiftung. Bei TTIP müssten sich Länder des Südens ohne Mitsprache dem anschließen, was EU und USA untereinander vereinbart haben. WTO wäre das richtige Forum für solche Regelungen.

Beispiele aus der Vergangenheit: NAFTA führte zu mehr Arbeitslosigkeit und Armut in Mexiko.

## **Bringt TTIP Wohlstand für alle?**

RL: Das ist generell schon immer so: Freihandel bringt Impulse für mehr Wachstum und Arbeit. TTIP bringt 0,5% mehr BIP – und das ist „eine Menge“, nämlich 500 Euro pro Kopf.

SG: Dieses Ergebnis (0,5%) basiert auf optimistischen Annahmen, falls alle geplanten Vereinbarungen des TTIP umgesetzt würden (Kommentar TR: genauere Zahlen unter [https://de.wikipedia.org/wiki/Transatlantisches\\_Freihandelsabkommen](https://de.wikipedia.org/wiki/Transatlantisches_Freihandelsabkommen) ). Es gibt aber andere Studien, die zu gegensätzlichen Ergebnissen kommen, wie die Studie der Tufts University (Kommentar TR: [http://www.ase.tufts.edu/gdae/policy\\_research/TTIP\\_simulations.html](http://www.ase.tufts.edu/gdae/policy_research/TTIP_simulations.html) ). Deswegen geht es bei der Frage nicht darum, ob es noch ein bisschen mehr oder weniger Handel ergibt, sondern um den Erhalt demokratischer Freiheit.